



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Constanze Truschzinski, stellv. Landesvorsitzende • Rosa Luxemburg Str. 13 • 07381 Pößneck •
Fon: 01738884153 • E-mail: truschzinski@buengerallianz.de

Pressemitteilung
Mit Bitte um Veröffentlichung

Pößneck, 06.05.2010

Anhörung zur Weiterentwicklung der Straßenausbaubeiträge in Weimar

Vertreter von Bürgerinitiativen fordern die Abschaffung der willkürlichen und unsozialen Abgabe zum Straßenausbau und die kommunalen Vertreter fordern ihre kommunale Selbstbestimmung und Rechtssicherheit ein.

Das Thüringer Innenministerium hat zur breiten Diskussion über die Weiterentwicklung des Straßenausbaubeitragsrechts in Thüringen den Beteiligten, den Betroffenen und Interessenvertretern, welche eine Stellungnahme abgeben oder angekündigt haben, zu einem Gespräch nach Weimar in das Landesverwaltungsamt eingeladen.

So fanden sich im Hörsaal des Landesverwaltungsamtes am Montag 03.05.2010 viele Vertreter von Bürgerinitiativen, der Bürgerallianz Thüringen e.V. und einige Vertreter aus den Kommunen zum nichtöffentlichen Dialog ein. Nachdem Innenministerium soll die Gesetzesänderung bürgerfreundlicher werden und dem Land Thüringen kein zusätzliches Geld kosten.

In dem konstruktiven und sachlichen Dialog wurde deutlich, dass die Weiterentwicklung des Straßenausbaurechts notwendig ist, um Rechtsfrieden und Rechtssicherheit herzustellen. Eine rückwirkende Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für alle Straßenausbaumaßnahmen bis ins Jahr 1991 wird nicht akzeptiert.

Vor allem die Bürgermeister von Gemeinden, die wegen solider Haushaltsführung noch keine Beiträge von ihren Bürgern verlangt haben, lehnen eine zwangsweise Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ab. Sie berichteten, dass Kommunen ohne Zwangsbeiträge eine deutlich niedrigere pro Kopf Verschuldung aufweisen, als Kommunen welche Straßenausbaubeiträge erheben.

Die Vertreter von Bürgerinitiativen erläuterten aus ihrer Sicht die Auswirkungen von Straßenausbaubeiträgen auf die Wirtschaftslage der Betroffenen Grundstückseigentümer. Der besondere Vorteil ist nicht zu erkennen. Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen kann bis zum Ruin von Hauseigentümern führen. Viele Hauseigentümer sind wirtschaftlich nicht in der Lage ihre Wohngebäude zu sanieren und eine energetische Ausstattung für die Zukunft vorzunehmen. Mit Zwangsbeiträgen wird dieser notwendige Prozess weiter verzögert. Deshalb gibt es zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge keine Alternative.

Straßen sind Allgemeingut und werden von allen genutzt, so sollte deren Ausbau und die Erhaltung von Straßen auch Aufgabe der Allgemeinheit sein. Dazu brauchen die Kommunen eine solide und sichere Finanzausstattung und Bürger klare, sie nicht überfordernde Regelungen der Beteiligung und Mitbestimmung.

mit freundlichen Grüßen

Constanze Truschzinski